

Unsere Partei und die Fraktion haben bekanntlich als erste einschlägige Erfahrungen mit dem Innenminister gemacht und die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

(Heiterkeit, vor allem bei der PDS)

Unsere Warnungen und dem Mißtrauensantrag wollten damals weder die Kammer noch der Ministerpräsident oder die uns benachbarte Fraktion folgen. Seitdem haben sich die Befürchtungen über den und die Probleme mit dem Innenminister in einem Maße potenziert, daß die Kammer nunmehr zu einem einhelligen Urteil finden sollte. Mir verbleibt nur noch die traurige Pflicht, die Volkskammer im Namen der Wähler unserer Partei und die Fraktion der DSU um Entschuldigung dafür zu bitten, daß wir ihr die Probleme mit Herrn Diestel zugemutet haben. Danke sehr.

(Unruhe, vor allem bei CDU/DA, Beifall bei der DSU)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Ich bitte jetzt den Minister des Innern, Abgeordneten Diestel, das Wort zu nehmen.

#### **Dr. Diestel, Minister für Innere Angelegenheiten:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! In dem vorliegenden Antrag kommt das Unbehagen vieler Abgeordneter über den Stand der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit zum Ausdruck.

(Zurufe von der SPD: Über den Innenminister!)

Ich teile dieses Unbehagen. - Meine Herren, ich habe diesen Vorwürfen von Ihnen eben sehr diszipliniert zugehört; ich bitte auch um etwas Aufmerksamkeit, da es hier um Sachfragen geht.

(Beifall bei CDU/DA und PDS)

Dieses Unbehagen besteht nicht nur angesichts der Tätigkeit von Offizieren im besonderen Einsatz, sondern auch wegen anderer Sachverhalte, zum Beispiel wegen Überprüfung von Volkskammerabgeordneten auf ihre Stasivergangenheit.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang aber auf folgendes hinweisen: Die verbrecherische Sammlung von Informationen durch das MfS über viele Jahrzehnte hat ein in der Welt wohl noch nie vorhanden gewesenes Niveau erreicht. Die vollständige Auflösung des MfS, eines Apparates mit rund 85 000 hauptamtlichen Mitarbeitern und etwa 100 000 informellen Mitarbeitern, kann angesichts der Dimension nur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein. Dieses Hohe Haus hat sich der Verantwortung gestellt und einen Ausschuß zur Überprüfung der Volkskammerabgeordneten und einen Sonderausschuß zur Kontrolle der Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS eingesetzt. Der Ministerrat hat das Komitee zur Auflösung des MfS als Organ des Ministerrates, das mir seit dem 16.5., also erst seit Mai dieses Jahres, unterstellt ist, einberufen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß ich vor diesem Zeitraum keine Kompetenz für dieses Komitee hatte.

Weiterhin ist eine Regierungskommission in beratender Funktion eingesetzt worden. Eine sinnvolle und rechtsstaatliche Verfahrensweise bei der Auflösung des MfS erforderte, daß sich jedes Organ auf seine eigenen Aufgaben konzentriert, Absprachen erfolgten und im Rahmen dieser Aufgaben beschränkt tätig wurde.

Zum Problem der Offiziere im besonderen Einsatz hat sich hierbei ergeben, daß der Sonderausschuß sich in besonderem Maße der Offiziere im besonderen Einsatz angenommen hat.

Herr Gauck, Vorsitzender des Sonderausschusses, erklärte auf der Sitzung der Regierungskommission am 12.7. 1990, daß sich der Sonderausschuß mit dem Problem der OibEs befasse

und deren Namenslisten inzwischen sichergestellt habe. In Verwirklichung dieser Aufgabe einer kontrollierten Auflösung des MfS wurde eine Übereinkunft zwischen dem Sonderausschuß und dem Ministerium des Innern getroffen.

Wie es zu der Aufgabenverteilung auf den Sonderausschuß im zeitlichen Ablauf kam, will ich Ihnen an folgenden Fakten erläutern:

Mit Terminstellung 21.6. 1990 erteilte ich dem Komitee zur Auflösung des MfS den Auftrag, die Regierungskommission mit Auskunftsmaterial zum Problemkreis OibE vorzubereiten. Das geforderte Material wurde durch das Komitee erarbeitet und den Mitgliedern der Regierungskommission am 28.6. dieses Jahres übergeben.

Die mit den Finanzorganen erarbeitete namentliche Aufstellung - das hat ja eben gerade schon Anklang gefunden - von OibEs verblieb unter Sicherheitsvorkehrungen im Komitee. Durch den Sonderausschuß der Volkskammer erfolgte am Abend des 26.6. 1990, ca. 21 bis 24 Uhr, ein Sondereinsatz im Komitee. Der amtierende Leiter des Komitees erhielt den Auftrag, für den 27.6.1990 dem Sonderausschuß die Bedingungen zu einer Beratung für den Einsatz zur Offenlegung der OibE vorzubereiten. Erforderliche Materialien wurden bereitgestellt.

Im Anschluß an die Beratung am 27. wurde dem amtierenden Leiter des Sonderausschusses, Herrn Geisthardt, persönlich und vertraulich die vom Komitee erarbeitete namentliche Aufstellung von 509 zentral geführten OibEs und 89 OibE der Hauptteilung Aufklärung sowie die dazugehörigen zwei Discetteri übergeben. Es handelte sich in beiden Fällen um die Originale.

Im Besitz des Komitees verblieben dazu keine weiteren Unterlagen. Ich betone nochmals, im Besitz des Komitees verblieben keine Unterlagen, die die Lösung durch uns in irgendeiner Weise ermöglicht hätten.

Ich akzeptierte diese Handlung und unterstellte mich den Festlegungen des Präsidiums der Volkskammer und veranlaßte, daß das Komitee die erforderlichen Maßnahmen zur Unterstützung des Sonderausschusses gewährleistete. Es war Bestandteil der Absprache mit Herrn Gauck, daß den verantwortlichen Ministern und Leitern die Ergebnisse des Sonderausschusses über OibE in ihren Verantwortungsbereichen übermittelt wurden, um ihrerseits die entsprechenden personalpolitischen Maßnahmen einleiten zu können.

Dieser Ausschuß behielt sich vor, mit zentral eingesetzten OibEs selbst Gespräche zu führen, und nach meiner Kenntnis sind diese Gespräche in einigen Bereichen, bei mir in der Polizei, schon geführt worden. Erstmals am Freitag, dem 6.9. 1990, also vor einigen Tagen, gegen 15.00 Uhr, erhielt mein Ministerium Listen mit insgesamt 57 Namen und 15 Personenkennziffern von OibE durch Herrn Gauck überreicht.

Bisherige Überprüfungen zeigen, daß von diesen OibE 13 Mitarbeiter im MdI, also in der Zentrale waren, in unmittelbaren Einrichtungen des ZKA zum Beispiel beschäftigt waren, 47 Mitarbeiter in nachgeordneten Dienststellen und 12 Personen nicht als Angehörige meines Ministeriums festgestellt werden konnten.

Von den insgesamt 60 festgestellten Mitarbeitern wurden 16 bereits entlassen, 26 wurden beurlaubt und werden bis zum 30.9. 1990 entlassen. 18 weitere werden gegenwärtig noch überprüft.

Ich habe die Chefs und Leiter meines Geschäftsbereiches beauftragt, weitere Überprüfungen durchzuführen und mir notwendige Entscheidungen vorzuschlagen bzw. diese zu treffen. Angesichts dieser Aufgabenverteilung zwischen dem Sonderausschuß und dem mir unterstellten Komitee zur Auflösung des MfS ist der gestellte Antrag in der Volkskammer mir nicht verständlich und Ausdruck eines berechtigten Unbehagens, das sich aber an die falsche Adresse richtet.

(Unruhe bei SPD, Beifall bei CDU/DA)